

MEDIENINFORMATION zur Kundgebung mit Pressegespräch:

NATUR und KLIMA gemeinsam schützen!

Kurzstellungnahmen:

Franz Maier, Präsident des Umweltdachverbandes:

„Die geplanten Gesetzesänderungen stellen eine beispiellose Aushöhlung des Naturschutzes dar. Sie gefährden die Biodiversität und treiben das Artensterben weiter voran, ohne eine naturverträgliche Energiewende zu gewährleisten. Der Ausbau der Erneuerbaren darf nicht zu Lasten der Natur gehen. Naturschutz ist der beste Klimaschutz.“

Barbara Baumgartner, Jugendzentrum YoCo

„Klimaschutz und Naturschutz sind zwei Seiten einer Medaille; sie hängen eng zusammen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beides zusammen ist grundlegend für eine lebenswerte Zukunft.

Als kirchliche Einrichtung sehen wir es als unseren Auftrag, für die Bewahrung und sorgsame Gestaltung von Natur und Schöpfung einzutreten; als Einrichtung für junge Menschen ist es unser Anliegen, Jugendliche nicht nur in der Gegenwart zu begleiten, sondern uns auch für ihre Zukunft stark zu machen.“

Gregor Schamschula, Bereichsleiter Recht bei ÖKOBÜRO

„Das Artensterben und die Klimakrise gefährden nicht nur die Natur, sondern unsere gesamte Lebensgrundlage. Gerade jetzt braucht es einen wirksamen Naturschutz und eine starke Landesumweltschutzbehörde, die dafür eintritt.“

LAbg. Markus Walter, Umweltsprecher KPÖ+

„Die Schwarz-Blaue Landesregierung will den Naturschutz zugunsten der Gewinnmaximierung einiger weniger aushebeln. Unsere Umwelt für hochfliegende Aktienkurse zu opfern, bringt der Allgemeinheit aber nichts. Es braucht einen gesetzlich stark verankerten Naturschutz, um den Investoren und Konzernen, die das Land für ihren Profit zubetonieren wollen, Einhalt zu gebieten.“

Anika Dafert, Fridays for Future

Der Herr Landeshauptmann Haslauer hat auf EU-Ebene schon gezeigt, dass ihm der Naturschutz nicht am Herzen liegt, indem er das Renaturierungsgesetz blockiert. Nun sehen wir dasselbe auch auf Landesebene, wo das Naturschutzgesetz unter dem Vorwand der Energiewende geschwächt werden soll. Man darf Naturschutz und Klimaschutz nicht gegeneinander ausspielen!

Andrea Hagn, Volksbegehren „Für ein Bundes-Jagdgesetz“

"Die Landesumweltschutzbehörde Salzburg muss als unabhängige Kontrollinstanz auch weiterhin über effektive Durchsetzungsrechte für Natur- und Umweltrechte verfügen. Biodiversitätsschutz und Klimawandelbekämpfung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden! Angesichts alarmierender, vielfältiger Bedrohungen müssen Lebensräume für Wildtiere und deren Habitatqualität dringend geschützt und verbessert werden."

Winfried Herbst, Vorsitzender Naturschutzbund Salzburg

„Die Umweltschutzbehörde bemüht sich im Dialog und in Verfahren seit ihrer Gründung sachlich und auf hohem fachlichen Niveau die Interessen des Naturschutzes auftragsgemäß wahrzunehmen. Wenn nun der LUA in manchen Verfahren das Revisionsrecht genommen wird, kommt es zu einer grundlosen und einseitigen Verschlechterung des Rechtsmitteleinsatzes ausgerechnet für die Institution, die als Rechtsvertretung von Natur und Umwelt geschaffen wurde. Angesichts der aktuellen Klima- sowie Biodiversitätskrise ist längst kein Raum mehr für die ungebremsen Machtgelüste diverser Lobbygruppen und ihrer politischen Helfer. Die Bewahrung der nötigen Lebensgrundlagen für ein gedeihliches Auskommen der Menschen verlangt vielmehr Anpassungen an die neuen umweltpolitischen Herausforderungen. Darauf wird im gegenständlichen Entwurf nicht einmal in einem Nebensatz eingegangen.“

Jan Habel, Scientists for Future

Einige Expert:innen haben (ebenfalls) große Bedenken, den Natur- und Biodiversitätsschutz in Salzburg zu schwächen. Die **Scientists for Future Salzburg**, eine Gruppe von Salzburger Wissenschaftler:innen, die sich mit aktuellen Zukunftsthemen beschäftigen, weisen darauf hin, dass es aus demokratischer Sicht in kontroversiellen Problematiken (wie im Bereich Klima und Biodiversität) besonders wichtig wäre, den gesellschaftlichen Dialog zu suchen, bevor gesetzliche Änderungen in Erwägung gezogen werden. Jan Habel, Zoologe und Naturschutzforscher und Mitglied von Scientists for Future Salzburg, ergänzt: "Die Natur in Salzburg ist in den letzten Jahrzehnten so stark verändert worden, es gibt z.B. kaum noch artenreiche Magerstandorte mit hoher Insektendiversität. Unsere Forschung zeigt, dass selbst in alpinen Bereichen viele Schmetterlingsarten seltener geworden sind, in tiefen Lagen sind sie oft schon ausgestorben. Die seltenen, naturnahen Standorte mit hoher Biodiversität müssen auf jeden Fall geschützt und für kommende Generationen erhalten werden. "

Jana Petermann, Österreichischer Biodiversitätsrat

Der **österreichische Biodiversitätsrat** warnt vor der Schwächung des Naturschutzes und fordert, Klima- und Biodiversitätsschutz gemeinsam und gleichrangig umzusetzen. Die Ökologin Jana Petermann, Mitglied des Österreichischen Biodiversitätsrats, meint: "Obwohl ich Klimaschutz als extrem wichtig erachte, darf Natur- und Biodiversitätsschutz hier nicht zweitrangig werden. Viele gefährdete Ökosysteme speichern große Mengen an CO₂, ihr Schutz ist also auch ein direkter Beitrag zum Klima-

schutz. Wie im europäischen Renaturierungsgesetz geplant, sollten sie soweit möglich renaturiert werden, und nicht durch neuerlichen Nutzungsdruck in Gefahr gebracht werden. Ihr Schutz und ihre Renaturierung können uns helfen, die Klimakrise und die Biodiversitätskrise gemeinsam zu lösen. Erneuerbare Energien sowie Natur- und Biodiversitätsschutz, sind also beide von höchstem öffentlichen Interesse, und Eingriffe in die Natur durch den Ausbau erneuerbarer Energien müssen in jedem Fall sorgfältig abgewogen werden. Hier ist auch eine starke und mit Kompetenzen ausgestattete Landesumweltanwaltschaft wichtig.“

LAbg. Martina Berthold, GRÜNE Landtagsklub

Wir stehen hier gemeinsam, um Farbe zu bekennen und deutlich zu machen: Wir lassen Einschnitte in den Naturschutz nicht zu. Denn für uns ist klar: Unsere Natur und unser Klima können wir nur gemeinsam schützen. Eine intakte Natur schützt das Klima und ein gesundes Klima schützt unsere Natur. Deshalb dürfen wir sie nicht gegeneinander ausspielen, so wie Schwarz-Blau es gerade versucht. Die Landesregierung stellt den Naturschutz als Bremser bei der Energiewende dar und will damit darüber hinwegtäuschen, wer tatsächlich verantwortlich ist: Es sind ÖVP und FPÖ, die beim Klimaschutz bremsen, wo es nur geht. Die Windkraft wird seit Jahrzehnten blockiert, für schnelle Verfahren fehlen die Ressourcen. Damit bleiben wir abhängig von dreckigem und teurem Öl und Gas aus Autokratien. Für uns GRÜNE ist aber klar, wo wir hin wollen: Wir wollen eine Energiewende ohne Einschnitte beim Naturschutz. Mit genügend Ressourcen für schnelle Verfahren und einer besseren Beratung der Projektwerber:innen können wir uns aus der fossilen Abhängigkeit lösen und gleichzeitig unsere wertvolle Natur erhalten.

Hadwig Soyoye-Rothschädl, zamm

Wer Naturschutz und Klimaschutz gegeneinander ausspielen möchte, hat von beiden nichts verstanden. Viel eher muss die Absicht des Gesetzgebers dahingehend interpretiert werden, lukrative Geschäftsmöglichkeiten möglichst "ungestört" zu ermöglichen. Zamm fordert die Regierung auf die gesetzlichen Möglichkeiten zu verstärken, dem massiven Kollaps des Artenspektrums in der Natur als Ausdruck von landwirtschaftlichem Pestizideinsatz und Monokulturen, Landschaftszerschneidung und Bodenversiegelung entgegenzuwirken. Echte Klimaschutzmaßnahmen erfordern die Bewahrung und Wiederherstellung der CO₂-Speicherfunktion unserer Böden und Landschaften, sowie einen absolut maßvollen Umgang mit Neubauten. Eine weisungsfreie Landesumweltanwaltschaft, die alle Rechtsmittel einlegen kann und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattete Landessachverständige sind die Voraussetzung für eine angemessene Vertretung von Natur, Landschaft und Klima.

Sophia Burtscher, Vorsitzende Naturfreunde Salzburg

Die Natur und unsere Umwelt, somit also unsere Lebensgrundlagen, kommen derzeit von zwei Seiten akut in Bedrängnis: Zum einen verschärfen sich die Auswirkungen der menschenverursachten Klimaerwärmung und zum anderen sind wir mitten in ei-

nem Artensterben, das heißt die Biodiversität und natürlichen Lebensräume gehen in bedrohlichem Ausmaß zurück. Jede Beschneidung des Naturschutzes ist daher kurzsichtig und unüberlegt. Die Naturschutzbehörden und die Landesumweltschutzbehörde in Salzburg brauchen mehr Unterstützung, mehr Personal und mehr Ressourcen von der Landesregierung. Das ist es auch, was wir von der Landesregierung fordern!

Madeleine Petrovic, Präsidentin Wiener Tierschutzverein

„Wir lehnen die geplante Einschränkung der Rechte der Landesumweltschutzbehörde Salzburg entschieden ab. Bei der Wahrung der Natur- und Umweltrechte stehen wir sowieso erst am blutigen Anfang. Hier müssen Rechte AUSGEBAUT und ERWEITERT, denn es geht um unsere Zukunft und die Zukunft der künftigen Generationen. Ein verfahrensrechtliches Ungleichgewicht zwischen Projektwerber und „Natur“ im Verfahren würde zu einer massiven Aushebelung des Naturschutzes führen. Eine solche ist gerade in Zeiten des Klimaschutzes geradezu gefährlich.“

Norbert Mayr, Scientist Rebellion

"Das EU-Renaturierungsgesetz ist die einmalige Chance für die gesamte Europäische Union, weil es die biologische Vielfalt erhöht, den Kampf gegen die rasante Klimaveränderung und ihre Folgen unterstützt und nicht zuletzt auch unsere Ernährung langfristig sichert. Auf diesen breiten, vom WWF initiierten Appell von 170 Wissenschaftler:innen an die Bundesländer vom 29. April, die geschädigten Ökosysteme in den nächsten Jahrzehnten dringendst zu verbessern bzw. wiederherzustellen, reagierten mittlerweile Wien und Kärnten. *Scientist Rebellion Austria* fordert Landeshauptmann Wilfried Haslauer und Landeshauptmann-Stellvertreterin Marlene Svazek auf, Salzburgs verantwortungslose, gefährliche und zukunftsfeindliche Blockade des EU-Renaturierungsgesetzes endlich aufzugeben!"

Peter Machart, Obmann Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE)

"Die Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) begrüßt grundsätzlich den raschen Ausbau erneuerbarer Energieerzeugung. Allerdings befinden wir uns in einer Zeit der multiplen Krisen, die nur gleichzeitig gelöst werden können. Besonders die stillste Veränderung - der Verlust der Arten- und Lebensraumvielfalt - darf hierbei nicht übersehen werden. Umwelt- und Naturschutz dürfen daher nicht gegeneinander ausgespielt werden. Klimaschutz wird nicht nur durch nachhaltige Energieerzeugung erreicht, sondern auch durch intakte Ökosysteme."

LAbg. Karin Dollinger, SPÖ Landtagsklub

„Frieden und sozialer Ausgleich ist eng verknüpft mit Natur- und Klimaschutz. Die Auswirkungen der Naturzerstörung trifft Ärmere härter und schneller, obwohl sie weniger zur Klimaerwärmung und Naturzerstörung beitragen als Reiche. Naturschutz ist Aufgabe der Landesregierungen. Daher muss die Salzburger Landesregierung den Naturschutz mit mehr Geld, mehr ausgebildeten Amtssachverständigen und mehr Mittel für die Landesumweltschutzbehörde stärken. Leider geschieht unter ÖVP-FPÖ das Gegenteil.“

Marcus Weber, BirdLife Salzburg



Kurzstatement Naturschutzgesetz-Novelle & LUA-Gesetz:

- ⇒ Zur Bewältigung der Klimakrise müssen prioritär Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung und -einsparung umgesetzt werden. Gleichzeitig bekennt sich BirdLife Österreich zum Ausbau der Erneuerbaren Energien und ist überzeugt, dass dieser naturverträglich gestaltet werden kann und muss.
- ⇒ Durch die Novellierung des Salzburger Naturschutzgesetzes soll die Erzeugung von Strom und Gas aus erneuerbaren Quellen Vorrang gegenüber den öffentlichen Interessen des Natur- und Artenschutzes haben. Der Natur- und Artenschutz wird als Hindernis für die Energiewende wahrgenommen und nicht als Verbündeter. Gesunde Ökosysteme sind aber mit die wertvollsten Puffer für die Folgen der Klimakrise. Wir sind nicht gegen den Ausbau der Erneuerbaren, mit Einbezug der Biodiversitätskrise muss dieser aber geregelt und mit Rücksichtnahme auf die Natur in gemeinsamer Arbeit erfolgen.
- ⇒ Wir sind der Meinung, dass durch die Ausweisung von Zonen mehr Planungssicherheit sowie die Möglichkeit der Auflösung von Konflikten gegeben ist. Gleichzeitig wird durch eine Zonierung der Schutz wertvoller und besonderer Lebensräume gewährleistet.
Stichwort: Go to-Gebiete, die EU-weit gemäß der RED III Richtlinie umgesetzt werden sollen.
- ⇒ Die zur Geltung kommenden Salzburger Vorrangzonen für Windenergie als Beschleunigungsgebiete entsprechen nicht einer fachlich fundierten Zonierung in Bezug auf Natur-, Arten- und Lebensraumschutz. Diese Gebiete wurden nicht auf alle Kriterien zur Ausweisung von Beschleunigungsgebieten, die in Art 15b der RED III vorgesehen sind, überprüft und entsprechen daher nicht einer fachlich fundierten natur- und artenschutzfachlichen Zonierung. Zudem wurde dafür auch keine ident zur RED III vorgesehene Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.
- ⇒ Die Ausnahme von der Bewilligungspflicht von Wegen und Netzinfrastruktur (Stromleitungen), die zur Errichtung oder zum Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen erforderlich sind, auch außerhalb von Beschleunigungsgebieten ist ein Freischein zur Beeinträchtigung bisher störungsarmer Gebiete, v.a. auch im Gebirge.
- ⇒ Landesumweltanwaltschaften vertreten im öffentlichen Auftrag überparteilich die Interessen des Umwelt- und Naturschutzes. Der geplante Entzug des Revisionsrechts in Verfahren zur Errichtung oder Änderung von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien würde aus unserer Sicht den Natur- und Umweltschutz in Salzburg massiv schwächen.

Harald Wieser, 2. Vorsitzender Alpenverein Landesverband Salzburg



Kurzstatement des Alpenverein Landesverbands Salzburg zur geplanten Novelle des Salzburger Naturschutzgesetzes 1999 und des Landesumweltschutzgesetzes

Die Alpen sind ein einzigartiger Lebensraum und ein sensibles Ökosystem, das bereits durch die Auswirkungen des Klimawandels stark belastet ist. Deshalb ist es essenziell, dass Maßnahmen zur Energiewende in diesem sensiblen Raum sorgfältig abgewogen werden, um den Nutzen für den Klimaschutz gegen mögliche Schäden für die Umwelt und die Biodiversität abzuwägen.

Der Alpenverein Landesverband Salzburg erkennt die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Energiewende sowie den Wunsch nach einer Vereinfachung von Genehmigungsverfahren an. Jedoch darf dieser Prozess nicht auf Kosten des Naturschutzes und der Biodiversität gehen. Erneuerbare Energieprojekte müssen sorgfältig geplant und umgesetzt werden, damit sie im Einklang mit den natürlichen Gegebenheiten der Alpenregion stehen.

Besonders problematisch sieht der Alpenverein Landesverband Salzburg die geplante Beschneidung der Kompetenzen der Landesumweltschutzbehörde. Diese Maßnahmen könnten langfristig negative Auswirkungen auf die Biodiversität sowie das natürliche Gleichgewicht in Salzburg haben. Die Beteiligungsmöglichkeiten für Umweltorganisationen am Verwaltungsverfahren können die Tätigkeit der Umweltschutzbehörde nicht ersetzen. Umweltorganisationen verfügen weder über die zeitlichen noch über die materiellen oder personellen Ressourcen, um diese wichtige Arbeit in vollem Umfang zu leisten.

Die Alpenkonvention und ihre Durchführungsprotokolle bieten einen wichtigen und bindenden Rahmen für den Schutz der Alpenregion. Gesetzesänderungen, die diesem völkerrechtlichen Vertrag widersprechen könnten, sollten daher überdacht werden.

Der Alpenverein Landesverband Salzburg vertritt aktuell 58.855 Mitglieder im Bundesland und appelliert an die Landesregierung, die geplanten Gesetzesänderungen im Hinblick auf die dargelegten Bedenken zu überarbeiten und die Positionen des Umweltschutzverbandes sowie seiner Mitgliedsorganisationen ernst zu nehmen.

Bei Bedarf bitte Dr. Harald Wieser, 2. Vorsitzender des Alpenverein Landesverband Salzburg, zitieren.

Pressekontakt

Dr. Harald Wieser

https://www.alpenverein.at/salzburg_land/

salzburg@landesverband.alpenverein.at

069910680528